

GASTKOMMENTAR

Falsche Ratschläge

Nicht erst die NSA-Affäre zeigt, dass auch unter Freunden die Interessen des eigenen Landes an erster Stelle stehen. Kein Wunder, dass der deutsche Handelsüberschuss erneut Ziel heftiger Kritik ist. Dahinter steht eine richtige Analyse, aus der jedoch die falschen Schlussfolgerungen gezogen werden.

Seit Jahren erzielt Deutschland einen deutlichen Überschuss im Außenhandel. Dem stehen entsprechende Defizite anderer Länder gegenüber, die der Lieferant finanziert: Wir leihen unseren Kunden Geld, damit sie unsere Waren kaufen können. Damit steigt die Auslandsverschuldung der Defizitländer. Bei Spanien, Italien und Portugal sind es bereits netto rund 100 Prozent des jeweiligen BIP. Nur wenn sie mehr exportieren als importieren, verdienen sie das Geld, um ihre Schulden zu begleichen. Entweder wir lassen dies zu, indem wir unsererseits Handelsdefizite hinnehmen, oder wir verlieren die Forderungen. Bereits zwischen 2006 und 2012 haben wir 600 Milliarden Euro an Auslandsvermögen verloren. Ein schlechtes Geschäft. Es liegt also in unserem Interesse, die Überschüsse zu reduzieren.

Was unsere Kritiker vorschlagen, erinnert jedoch eher an Planwirtschaft als an freien Wettbewerb: höhere Staatsverschuldung und höhere Löhne. Angesichts 80 Prozent ausgewiesener und 400 Prozent verdeckter Staatsschulden, ungeahnter Verpflichtungen aus der Euro-Rettung und einer schrumpfenden Bevölkerung sind mehr Staatsschulden für uns keine gute Idee. Höhere Löhne steigern die Konsumnachfrage und damit die Importe. Doch ist zu bezweifeln, dass davon die Krisenstaaten profitieren. Viel wahrscheinlicher wären mehr Importe aus Asien.

Unser Außenhandelsdefizit muss abgebaut werden, meint **Daniel Stelter**. Aber anders, als die Kritiker vorschlagen.



Höhere Kosten würden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit die Exporte sicherlich schwächen, aber auch nicht zugunsten der Peripherie Europas. Die deutsche Industrie steht im Wettbewerb vor allem mit Anbietern aus Japan, Korea und den USA. Würde Deutschland hier schwächer, nutzte das den Krisenländern nicht - im Gegenteil, es würde dann weniger aus der Euro-Zone importieren.

Ein „Weiter so“ kann es aber auch nicht geben. Was nutzen Handelsüberschüsse, wenn wir unser Geld durch Konkurse oder eine Transferunion wieder verlieren? Im eigenen Interesse sollten wir unser Geld besser investieren. Und das wäre im Inland. Infrastruktur, Maschinen und Anlagen, Bildung und Innovation müssen im Fokus der gestiegenen Ausgaben liegen. Angesichts der hohen Staatsverschuldung und des offensichtlichen Versagens der Politik, die auf Konsum statt Investition setzt, wie die Koalitionsverhandlungen zeigen, muss die Wirtschaft hier voranschreiten. Die gute Ertragslage muss dazu genutzt werden zu investieren. Öffentliche Aufgaben sollten unter Finanzierungs- und Effizienzgesichtspunkten in Form von Public Private Partnerships gestaltet werden.

Es genügt nicht, die Kritik des Auslands an unseren Überschüssen als plumpen Versuch abzutun, uns im Wettbewerb schwächen zu wollen. Wir müssen im Inland mehr ausgeben. Wenn die Wirtschaft nicht mehr Geld sinnvoll im Inland investiert, besteht die Gefahr, dass die Etatisten in den großen Volksparteien das Geld für soziale Wohltaten verschleudern.

Der Autor war Partner bei der Unternehmensberatung Boston Consulting Group und ist jetzt selbstständig. gastautor@handelsblatt.com